

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Abonnement: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89. Werdener Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Rdn.

Nummer 257

Werbungspreis Nr. 1

Laasphe, Dienstag den 3. November 1931

56. Jahrgang

Das Schicksal der Notverordnungen.

Beratung im Haushaltsausschuß am 19. November. — Zentrum und Nationalsozialismus.

Berlin, 2. Nov.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist jetzt für den 19. November einberufen worden. Die Tagesordnung umfaßt sämtliche Vorlagen und Anträge, die dem Ausschuß zur Zeit vorliegen. Sie ist daher sehr umfangreich und enthält nicht weniger als 50 Einzelpunkte. Die Erledigung des umfangreichen Beratungstoffes wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Der erste Teil der Tagesordnung betrifft mehr formale Angelegenheiten. Es folgen dann die zahlreichen Anträge der Reichstagsparteien, die in der letzten Reichstagsitzung dem Ausschuß überwiesen worden sind.

Mit an erster Stelle stehen die Anträge, die sich mit der Neuordnung der Pensionsfrage und der Einführung einer Höchstpensionsgrenze befassen. Dann folgen Anträge der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei, die eine Reihe von Änderungen der letzten Notverordnung verlangen.

Weiter stehen auf der Tagesordnung Anträge über Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft, die kommunalistischen Anträge zum Devalve-Stand, der sozialdemokratische Antrag über das Aktienrecht und der Gesetzentwurf des Zentrums über die Reichstellung der weiblichen Beamten. In den nächsten Tagen und Wochen finden dann auch in verstärktem Maße Beratungen der politischen Parteien statt.

So tagt am Donnerstag im Reichstag der Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei, um zur gesamtpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Die künftige Stellung des Zentrums zum Nationalsozialismus dürfte auf dieser Tagung eine besondere Rolle spielen. In politischen Kreisen spricht man nämlich zur Zeit viel von einer freundlicheren Haltung des Zentrums gegenüber dem Nationalsozialismus. Auch die Tatsache, daß der nationalsozialistische braunschweigische Innenminister Klages die Entscheidung des Reichsinnenministers in der Angelegenheit des Verbots des Braunschweiger sozialdemokratischen „Volksfreund“ respektiert hat, so daß dieses Blatt nunmehr wieder erscheinen kann, wird als Anzeichen dafür gedeutet, daß auch von nationalsozialistischer Seite ein gewisses Einlenken geplant ist. Ob allerdings diese zur Zeit festzustellende leichte Annäherung des Zentrums an den Nationalsozialismus tatsächlich zu einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung führen wird, ist jetzt noch nicht abzusehen.

Fernerhin hält am Dienstag die Fraktion der Wirtschaftspartei im Reichstag eine Sitzung ab, in der die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt werden soll, die am letzten Mittwoch wegen der schon frühzeitig beginnenden Sitzung des Reichsausschusses der Partei nicht mehr beendet werden konnte. Am Samstag hält weiterhin die Reichstagsfraktion des Christl.-soz. Volksdienstes in Mainz eine Sitzung ab, und am Montag tagt die Deutsche nationale Fraktion in Darmstadt. Etwa Mitte Dezember wird der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Tagung zusammenkommen, um zu den letzten politischen Entscheidungen im Reichstag Stellung zu nehmen.

England und Deutsch-Ostafrika.

Keine Änderung der Rechtslage.

London, 3. November.

Der Ausschuß zur Prüfung der Frage einer engeren Vereinigung der von England verwalteten ostafrikanischen Gebiete einschließlich des ehemals deutschen Mandatsgebietes hat seinen Bericht veröffentlicht.

In diesem Bericht wird erklärt, daß nach Auffassung des Ausschusses die Möglichkeit nicht in Betracht komme, einen gemeinsamen Oberkommissar für die drei Gebiete einzusetzen. Damit erledigt sich auch die Frage der Schaffung eines gemeinsamen gesetzgebenden Rates.

Kurznachrichten.

Nach Mitteilung des statistischen Reichsamtes ist im Oktober die Zahl der Konturfe ohne die wegen Massenmangel abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung auf 1435 gegenüber 1341 im Vormonat gestiegen.

Auf dem Friedhof Bagneux bei Paris fand die alljährlich hier abgehaltene Gedenkfeier für die in Frankreich gefallenen deutschen Soldaten statt, bei welcher Vorkämpfer v. Hoff eine eindrucksvolle Gedächtnisrede hielt.

Der englische König hat am Montag den Führer der Konservativen bei sich empfangen und hat mit ihm die allgemeine politische Lage nach den Unterhauswahlen besprochen.

Auf Einladung von sowjetrussischer Seite ist in Moskau eine spanische Industriedelegation eingetroffen. Sie beabsichtigt, die größten Rapphaindustriezentren zu besuchen.

Nach einer Meldung aus Tokio erklärt die japanische Regierung, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag, in welchem unmittelbare Verhandlungen aufgrund der Entschließung des Völkerbundesrats angeregt werden, anzunehmen.

Cavals Heimkehr

Mit einem Geldtransport, aber keine äußeren Zusammenhänge. — Die Reise war „nicht zwecklos“.

Paris, 2. Nov.

Der Passagierdampfer „Isle de France“ ist am Montag mittag um 11 Uhr MEZ. mit Ministerpräsident Laval und seinen Begleitern an Bord im Hafen von Le Havre eingetroffen. Während sich Ministerpräsident Laval an Land begab, wurden gleichzeitig 302 Kisten amerikanischen Goldes im Wert von 500 Millionen Franken gelöscht, um in den Kellern der Bank von Frankreich deponiert zu werden. Das Gold hat fast gleichzeitig mit Laval und zwar gleichfalls in einem Sonderzug die Weiterreise nach Paris angetreten. Es stellt jedoch keine Morgengabe des amerikanischen Volkes an Laval dar, sondern wurde nur zufällig mit dem französischen Ministerpräsidenten verschifft.

Bei seiner Ankunft in Le Havre wurde Laval vom dortigen Bürgermeister feierlich empfangen, der an den Ministerpräsidenten eine kleinere Ansprache richtete und ihn beim Wiederbetreten des französischen Bodens beglückwünschte. Auf die Worte des Bürgermeisters erwiderte Laval: „Ich habe eine wichtige Mission durchgeführt und hege die Hoffnung, daß sie glückliche Ergebnisse für unser Land haben und auch gestalten wird, das Werk der soliden, dauerhaften Organisation des Friedens zu fördern. Ich habe mein Bestes getan, um meinem Lande zu dienen. Ich bin glücklich und fühle mich gestärkt, nicht in Obengemeinschaft mit der öffentlichen Meinung Frankreichs zu fühlen.“

Nach dem Empfang durch die öffentlichen Behörden reiste dann Laval mit dem Transatlantique nach Paris weiter, wo er um 14,06 Uhr frz. Zeit eintraf. Auf dem Bahnhof St. Lazare wurde der Ministerpräsident von einigen seiner Ministerkollegen sowie einer größeren Menschenmenge erwartet. Sofort nach seiner Ankunft begab er sich ins Innenministerium. Auf dem Platz vor dem Gebäude bereitete eine große Volksmenge dem zurückgekehrten Ministerpräsidenten eine Ovation. Dieser erklärte zu den Journalisten, er sei mit seiner Reise zufrieden, und er werde um 16,00 Uhr dem Präsidenten der Republik einen Besuch abstatten. Er hoffe, daß seine Reise nach Amerika „nicht zwecklos“ gewesen sein werde.

Berichterstattung vor dem Ministerrat.

Der Sonderkorrespondent der Havasagentur gab Ministerpräsident Laval noch vor seiner Ankunft in Frankreich eine Erklärung, in der es heißt:

Die Gegenüberstellung der Ansichten der französischen und der amerikanischen Regierung, die ich mit Präsident Hoover in freier Diskussion vorgenommen habe, wird auf alle Fälle Mißverständnisse verhüten oder wenigstens mildern. Man kann daraus schließen, daß die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Amerika da-

durch erleichtert und gestärkt wird. Ich werde am Dienstag im Ministerrat über meine Unterredungen Bericht erstatten, und die französische Regierung wird dann darüber befinden, welche praktischen Folgerungen man daraus ziehen kann. Ich habe von meiner Reise einen guten Eindruck davon getragen. Bei Wiederauftritt des Parlaments wird dieses übrigens über die Politik, die wir eingeschlagen haben und über die, die wir verfolgen sollen, zu urteilen haben. Es ist notwendig, daß wir das unvergleichliche Prestige, das Frankreich gegenwärtig in der Welt genießt, benutzen, um unsere wesentlichen Interessen zu wahren und den Frieden zu konsolidieren.

Englischer Goldverkauf.

15 Millionen Pfund Barrengold verkauft.

London, 2. Nov.

Die Bank von England hat den Verkauf von 15 Millionen Pfund Feingold durchgeführt. Dies ist die größte Goldmenge, die die Bank von England jemals an einem Tage abgegeben hat. Die Presse kommentiert die Angelegenheit in optimistischem Sinne.

Die Nachricht hat aber natürlich trotz dieser optimistischen Kommentierung einen beklemmenden Eindruck an der Börse gemacht. Der Pfundkurs ist weiter zurückgegangen und zwar von 3,862 Dollar bei Schluß der vorgestrigen Börse auf 3,825 von 98,36 Francs auf 97,5 Francs und von 16,5 Mark auf 16,12 Mark. Die Bewegung griff sofort auf den Markt der Regierungswerte über. Kriegsanleihe verlor 0,75 Prozent und ging auf 96,75 zurück. Auch alle anderen festverzinsliche Regierungswerte gingen zurück. Deutsche Anleihen lagen fester und erholten sich von ihren vorgestrigen Rückgängen.

Es hat die City doch überrascht, daß die Bank von England nicht in der Lage gewesen sein sollte, über mehr ausländische Leihen zu verfügen als über 5 Millionen Pfund. Im Gegensatz zu dieser Londoner Auffassung berichtet der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien“, die französischen Finanzfachverständigen hätten von der teilweisen Rückzahlung des der Bank von England gewährten Vorschusses an Frankreich und Amerika einen sehr günstigen Eindruck gewonnen. Sie erblickten ebenso wie in den englischen Wahlen auch in dieser Maßnahme einen Beweis für den festen Willen Englands, sich um die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt zu bemühen.

Die Erwerbslosenfriedlung.

Zusätzliche Hilfe für die Dauererwerbslosen.

Essen, 2. Nov.

Auf einer Arbeitstagung der Volkskonservativen Vereinigung der Westmark äußerte sich Reichsminister Treppner zur Siedlungsfrage. Er erwähnte zunächst, daß der Plan der Reichsregierung für die Erwerbslosenfriedlung in völlig verzerrter Form in die Öffentlichkeit gedrungen sei. Es sei die falsche Auffassung entstanden, als dächte die Reichsregierung daran, Erwerbslose auf zwei bis vier Morgen Land auszuweisen und sie als Zwerghauern einem ungewissen Schicksal zu überlassen.

In Wirklichkeit habe die Regierung nur daran gedacht, den Dauererwerbslosen eine zusätzliche Hilfe für den Lebensunterhalt zu bieten. Als wirksame Hilfe für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, in dem die Verhältnisse ganz anders gelagert seien als in anderen deutschen Bezirken, käme nur eine großzügige Ansiedlung in Frage, und zwar nach dem Osten, wo Land in Hülle und Fülle angeboten werde. Bei der Erörterung der Beschaffung von Wohnungen sei ihm ein Plan vorgelegt worden, wonach ein Siedlerhaus 2500 Mark kosten solle. Der Minister meinte, daß das ein annehmbarer Preis sei und man hierbei mit einem Reichszuschuß von 200 Mark rechnen könne.

Solle das Werk der Ansiedlung gelingen, dann müsse man primitiv anfangen. Die dem Staate gegenüber eingegangenen Verpflichtungen müßten erfüllt werden. Hauptzweck aller Siedlung sei die Bildung neuen Eigentums. Die Ansiedler müßten mit einer Belastung von 15 Mark monatlich für Wohnung und Feldpacht rechnen. Die ganze Siedlungsfrage könne nur durch ganz individuelles Vorgehen gelöst werden.

Wahlen in Mecklenburg.

Starke nationalsozialistische Gewinne.

Schwerin, 2. November.

Die in Mecklenburg-Schwerin abgehaltenen Amtsverwalterwahlen werden den Amtsverwaltungen (Landkreistagen) ein völlig verändertes Bild geben.

Die Nationalsozialisten haben in allen Ämtern beträchtliche Gewinne zu verzeichnen, die zwischen 20 und mehr als 100 Prozent seit den letzten Reichstagswahlen betragen. Die Sozialdemokraten haben in einigen Ämtern bis zu 40 Prozent ihrer Stimmen zum Teil an die Kommunisten und, wie es nach den vorläufigen Ergebnissen scheint, insbesondere in den Landbezirken auch an die Nationalsozialisten abgegeben.



Stillhalte-Ausschuß unter Vorsitz des Kanzlers.

Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung hat einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit dem Stillhalte-Problem beschäftigt. Dem Ausschuß gehören folgende Mitglieder des Wirtschaftsbeirats an: Von links nach rechts, oben: Dr. Pferdmeiges und Dr. Schmitt; unten: Dr. Silberberg und Dr. Schmitz.

ben. In einem Amt ist ein sozialistischer Stimmengewinn von etwa 15 Prozent zu verzeichnen. Die Stimmzunahme der Kommunisten ist geringer, als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Gemeinden zwischen 12 und 25 Prozent. In zwei Gemeinden sind nach den vorläufigen Wahlergebnissen geringe Verluste der Kommunisten festzustellen. Die bürgerlichen Wirtschaftskräfte haben diesmal auf die Wähler nicht die von früher gewohnte Anziehungskraft ausgeübt. Die nicht-nationalsozialistischen bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände, die durchweg in bürgerlichen Einheitslisten zusammengefaßt waren, verloren gegenüber den letzten Reichstagswahlen 20 bis 70 Prozent ihres Wählerbestandes, und zwar überwiegend an die Nationalsozialisten.

Politischer Mord.

Moskau, 2. November.

In Bad Salz (Medienburg) wurde der Kommunistenführer Braun in einer Seitenstraße erschlagen aufgefunden. Vermutlich ist er das Opfer einer politischen Schlägerei geworden. Die Ermittlungen nach den Tätern sind noch im vollen Gange.

Umzugsverbot!

Berlin, 3. Nov. Das preussische Innenministerium hat auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung für das gesamte Gebiet des Freistaates Preußen alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Bisher konnten derartige Veranstaltungen nach eingeholter Genehmigung stattfinden.

Neuer Putz in Oesterreich?

Eine Warnung aus Paris. — Wahrheit oder Dichtung.

Paris, 2. Nov.

Der französische Sozialistenführer Leon Blum stößt in seinem Blatt „Populaire“ den Alarm aus, er wolle aus ganz sicherer Quelle erfahren haben, daß in Oesterreich ein neuer Putz vorbereitet werde und den Anhängern für den 8. und 9. November der Befehl zum Angriff erteilt worden sei.

Es handele sich nicht mehr um eine örtliche Erhebung wie kürzlich in Sielermarkt, sondern um einen allgemeinen Angriff. Der österreichische Staatsstreich solle gleichzeitig mit einem ähnlichen Vorgehen in Ungarn ins Werk gesetzt werden. Bereits seit mehreren Tagen kündigen Agentennachrichten den Rücktritt Karolys an. Kriegsmminister Combes würde die Regierungsgewalt übernehmen und ihr den Charakter einer Militärdiktatur geben. Möglicherweise werde in Ungarn dieser Staatsstreich bei Wiederzusammentritt des Parlaments, also am 4. November vor sich gehen. Die Diktatur Combes würde nichts weiter sein als das Vorbild zur Wiedereinführung der Habsburger auf den Thron.

Leon Blum glaubt vor der Wiederherstellung eines nationalen legitimen Mittels Europa unter einer Einheitsfront Hitlers, Mussolinis und Mustafa Kemal warnen zu sollen.

Italiener gegen Italiener.

Paris, 2. Nov.

In Chambery fand eine Gedenkfeier ehemaliger italienischer Frontkämpfer anlässlich des Allerheiligstestages statt. Faschisten und Antifaschisten begaben sich in getrennten Zügen zum Friedhof.

Im Anschluß daran fand in einem Italiener gehörenden Hause eine faschistische Veranstaltung statt, bei der es zwischen den Faschisten und Antifaschisten, die Einlaß in den Saal gefunden hatten, zu schweren Zwischenfällen kam. Der italienische Vizekonsul von Chambery, ein Beamter des dortigen Konsulates und der italienische Vizekonsul von Albertville wurden nicht unerheblich verletzt. Polizei mußte eingreifen um die Ruhe wieder herzustellen. Von den Verhafteten wurden nur ein Antifaschist in Gewahrsam genommen.

Auch in Nizza ereignete sich im Anschluß an die Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die während des Krieges gefallenen Italiener aus dem Departement Alpes-Maritimes schwere Zusammenstöße zwischen Faschisten und Antifaschisten bei denen mehrere Manifestanten verletzt und gegen 30 Personen verhaftet wurden. — Auch in Lyon und Dijon ist es zu Zusammenstößen zwischen italienischen Faschisten und Antifaschisten gekommen. In Lyon wurde ein Italiener verletzt und ein Antifaschist verhaftet. Aus Dijon werden zwei Verletzte und drei Verhaftete gemeldet.

Politische Tageschau.

Kommunistische Geheimversammlung ausgehoben.

Die Polizei hat in Elmshagen bei Kiel eine Geheimversammlung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei ausgehoben und sämtliche Teilnehmer verhaftet. Ueber den Grund der Festnahmen wurde im Interesse der Untersuchung nichts näheres mitgeteilt.

Dingelben fordert Heranziehung der Nationalsozialisten.

In einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei in Gießen forderte Parteiführer Dr. Dingelben nach einer Kritik am zweiten Kabinett Brüning, Abkehr von der Sozialdemokratie und ihren Grundthesen und Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsverantwortung. Nach dem Beispiel Englands müßte auch in Deutschland eine nationale Regierung gebildet werden, zumindest hätte der Reichskanzler mit dieser Forderung vor die Parteiführer treten müssen.

„Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister...“

Von Rechtsanwalt Dr. Joh. Köhler, Leipzig.

Von hiesiger Seite werden wir um Aufnahme des Nachstehenden gebeten:

So alt wie das Bürgermeistertum überhaupt ist, so alt ist auch die Kritik der Bürgerschaft und der Einwohner an seinen Trägern. Nicht umsonst legte Goethe als hervorragender Beobachter der Volkspsyche im „Faust“ in der Szene des Osterpaziergangs dem Bürger, dem biedereren „Spießer“, die Worte in den Mund:

„Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister! Nun, da er's ist, wird er nur täglich dreister. Und für die Stadt was tut denn er? Wird es nicht alle Tage schlimmer? Gehorchen soll man mehr als immer Und zahlen mehr als je vorher.“

Goethe erkannte schon vor mehr als hundert Jahren, daß die öffentliche Meinung sich nur zu gern gegen den sichtbaren Repräsentanten unumgänglicher Gemeindefachmännern in unzulänglichen Zeiten richtete. Einst wie heute lenkte sich der Unmut der Zeitstimmung am leichtesten gegen den Bürgermeister als den letzten, dem Volke am nächsten stehenden Exponenten der Staats- und Regierungsverwaltung.

Seit dem Kriegsende und der Staatsumwälzung haben die Bürgermeister zweifellos eine der am wenigstens beneideten Beamtenstellungen in Deutschland gehabt. Sie betreuten zu jeder Zeit die Stellen, denen gegenüber aller Unmut und alle politischen Anfeindungen abgeladen wurden. Die Bürgermeister mußten als allererste die Sturmtruppen der Erwerbslosen beruhigen, sie mußten sich dabei oft Delektionen, ja Unflätigkeiten gefallen lassen, mußten hierbei nicht selten über das Maß menschlicher Selbstachtung und Geduld hinausgehen. Sie waren

die Zielpunkte aller parteipolitischen Angriffe,

sie mußten für die notwendigen Sparmaßnahmen in den Gemeinden büßen. Als erster mußten sie die Erbitterung gegen sich gelten lassen, die neue Steuern, Gebühren und Abgaben in den betroffenen Kreisen — oft nicht einmal zu Unrecht — hervorriefen. Dabei konnten sie aber sachlich nichts ändern, sie mußten sich selbst dem unerbittlichen Gang der Zeitläufte fügen. Schließlich wurde durch die Gesetzgebung die autoritäre Stellung, die das Bürgermeistertum früher genoß, ganz wesentlich gelockert; den Bürgermeistern wurden bei erhöhter Verantwortungspflicht die Mitbestimmungsrechte unerträglich beschnitten.

Zu diesen unerquicklichen äußeren Vorgängen, die in ihrem Effekt durch die letzten Notverordnungen vielleicht etwas abgemildert worden sein können, kam die außerordentlich hohe Last der Verantwortung im Amte selbst. Der Bürgermeister mußte früher und muß heute vielleicht mehr als je, in allen Sätteln gerecht sein. Er muß neben umfassender Gesetzeskenntnis wirtschaftlich weiten Blick besitzen; er muß die kaufmännisch beste Art der Betriebsführungen suchen, soweit in seiner Gemeinde technische Werte irgendwelcher Art sind, er muß mit den Grundbesitzern der Kredit- und Geldwirtschaft vertraut sein und die besten kaufmännischen Fähigkeiten besitzen, er muß Hausbesitz und Grundeigentum verwalten können und viele tausend Dinge mehr betreiben, die ihm täglich aus der unerschöpflichen Vielfaltigkeit in seiner Stellung entgegenstehen.

Der Bürgermeister ist für alles in seiner Gemeinde da: er ist hier grundsätzlich die höchste Spitze, die alle Verantwortung zu tragen hat. Er kann nicht abwarten, bis in allen Dingen Anweisungen und Richtlinien kommen. Er muß wirtschaftlich denken und aus eigener Initiative heraus handeln und gestalten.

Die Aufregtheit der letzten Monate, Wochen und Tage hat die Bürgermeister wieder erneut in die vorderste Kampfbühne gebracht.

Es sind, um der allgemeinen Stimmung Rechnung zu tragen, Opfer gesucht worden, und sie wurden — ein Zeichen unserer Zeit — am leichtesten in den Bürgermeistern gefunden.

Ich habe schon wiederholt in anderen Abhandlungen darauf hingewiesen, daß kein Stand sich dem allgemeinen Notopfer der jetzigen Zeit ausschließen wird und kann, am allerwenigsten die Bürgermeister, die die Not heute in ihrer ursprünglichsten Gestalt aus allernächster Nähe und täglich sehen.

Niemand wird sich wohl auch gegen die Beschränkungen der Gehälter für einen bestimmten abgegrenzten Zeitraum aussprechen, soweit sie eine bestimmte Höchstsumme übersteigen. Wie kommt es aber, daß gerade ein Stand allein offensichtlich und besonders vor allen anderen degradiert wird? Weshalb werden gerade die Bürgermeister, angefangen bei der Großstadt bis herab zur kleinsten Landgemeinde vor das Forum der Öffentlichkeit gezerrt und weshalb wird ihnen besonders vorgeworfen, daß ihre jetzigen Einkünfte zu hoch seien?

Erbitterung über Erbitterung muß es schaffen, wenn der Staat durch Notverordnungen ortsgerichtliche Bestimmungen über die Berufsmöglichkeit der Bürgermeister in den kleinen Gemeinden einfach streicht oder gar weiter generell behauptet, grundsätzlich seien alle Bürgermeister im Lande zu gut bezahlt. Selbst wenn zugegeben wird, daß hier und da noch Überbeförderung einzelner Bürgermeister vorhanden sein können, so könnten solche Ausnahmen auch ohne die Notverordnung sehr wohl nach und nach beseitigt werden. Was bedeutet denn die von der Notverordnung angestrebte Anpassung der Gehälter der Bürgermeister an die Gehälter, die für gleiche Staatsbeamtenstellen gezahlt werden? Es mag doch jedem Staatsbeamten die Möglichkeit gegeben werden, einmal in eine nach Ansicht der Notverordnung „gleichwertige“ Bürgermeisterstelle hineinzutauschen; ich glaube, daß in diesem Falle von der Seite der Staatsbeamten sehr rasch auf diesen „Hans-im-Glück“-Tausch verzichtet werden wird. Andererseits wird so mancher der auf die kurze Amtsperiode von 6 Jahren gewählten Bürgermeister aus seinen Amtschwierigkeiten heraus gern in eine lebenslange Anstellung als Staatsbeamter hinübersteigen.

Man darf die Kritik und die Maßnahmen gegen eine Kategorie von Beamten nicht zum Selbstzweck werden lassen. Man darf Goethes Wort nicht ohne kritische Prüfung immer aufs neue wieder anwenden, und ihm selbst in Notverordnungen eine neue Art von Melodie geben: „Nein, er gefällt mir nicht...“, gleichviel, ob der Bürgermeister „neu“ oder „alt“ ist.

Jeder Betrieb wird einem tüchtigen Betriebsleiter An-

Aus der Heimat

Dienstag, den 3. November 1931

Einigkeit — Verlassenheit.

Die Abende und Nächte werden länger, die Möglichkeiten ins Freie zu gehen immer geringer und die stillen Stunden immer zahlreicher. Wohl dem, der Familie und ein geordnetes Heim hat und den die Sorgen nicht brüden. Aber wie viele sitzen in kalten Stuben einsam im möblierten Zimmer, wie viele andere fühlen sich verlassen, trotzdem sie im Wirtschaftsraum oder im Kaffee ihren Abend totschlägen. Einsamkeit hat den Trost für sich, daß man es selbst ist, der die Einsamkeit sucht, und auch durch Bücher und Nachdenken sich geistige Gesellschaft verschaffen kann. Verlassenheit hängt aber nicht von einem selbst ab, sondern von den Mitmenschen, die nichts von einem wissen wollen, oder von den örtlichen Umständen, wenn man fern ist von seiner gewohnten Umgebung. Einsamkeit ist oft notwendig, wenn man innere Kämpfe mit sich selbst auszutragen hat — Verlassenheit ist ein Zustand der Leere, der ausgefüllt werden will durch neue Gesellschafter oder durch innere Umstellung des Betroffenen zur Selbstgenügsamkeit. Die heutige Not wird viele Verlassene finden in kalten, kalten Stuben, sie wird den einen zur inneren Reife, den anderen zur Verbitterung und zum Menschenhaß erziehen. Darum wird es heißen müssen: Helft den Verlassenen, und wenn ihr die Stuben vielleicht auch nicht heizen könnt, so kann doch manch gutes Wort zur richtigen Stunde eine größere Wärmequelle sein, als eine mit Unlust gegebene materielle Hilfe.

Die Bürgersteuer!

Die Erhebung der dreifachen Bürgersteuer ist nun verfügt. Die Kommunen haben die Verpflichtung, auf Grund der Notverordnung zur „Ausgleichung des Haushalts“ ihre Steuerzahler auszufressen bis auf den letzten Heller.

Zur Zahlung der Bürgersteuer werden alle Personen herangezogen, die am 1. Oktober 1931 im Gemeindebezirk wohnten und auf eigene Rechnung leben oder ein eigenes Einkommen haben. Ausgenommen sind Personen, die am 1. Oktober vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Personen, die am Stichtage Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung bezogen, weiter, Personen, die 1931 ein Einkommen von weniger als 500 RM. hatten und solche, deren landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches oder gärtnerisches Vermögen, Grundvermögen oder Betriebsvermögen nicht mehr als 5000 RM. beträgt.

Der einfache Landesatz der Bürgersteuer beträgt für Personen mit lohnsteuerfreiem Einkommen 3 RM., für Eheleute 4,50 RM. Für Personen mit einem Einkommen bis 4500 RM. jährlich 6 RM. (Eheleute 9 RM.), bis 6000 RM.: 9 RM. (13,50), bis 8000 RM.: 12 RM. (18), bis 12000 RM.: 18 RM. (27) usw. Bei einem Gesamteinkommen über 500 000 RM. beträgt der Landesatz der Bürgersteuer 2000 RM., für Eheleute 3000 RM.

Das sind die einfachen Landesätze, die jetzt um 200 % erhöht werden müssen, da zukünftig Reichswohlfahrtszuschüsse nur noch an solche Gemeinden gezahlt werden, die die Erhebung der erhöhten Bürgersteuer eingeführt haben. Die Sätze erhöhen sich also wie folgt: Anstatt 3,00 (4,50), 9,00 (13,50), anstatt 6,00 (9,00), 18,00 (27,00), anstatt 9,00 (13,50), 27,00 (40,50) jährlich, usw.

— „Glänzende“ Rentabilität der Landwirtschaft. Im „Hinterl.“ Anzeiger“ lesen wir: Ein Landwirt in B. hat vor neun Monaten zwei junge Bullen zum Preise von 520 M. erworben, in der Absicht, sie fett zu machen und dann zu verkaufen. Dreiviertel Jahre hat er sie gut gefüttert. Rechnet man das Futter für die zwei Tiere ganz gering mit täglich 1 M., so wären das für neun Monate oder 270 Tage gleich 270 M. Hierzu der Anschaffungspreis von 520 M., ergibt 790 M. Erlöst hat er 460 M.! Das entspricht einem Defizit von 330 M. Dabei ist die Arbeit, die die Fütterung der Tiere beanspruchte, nicht bewertet. Ein anderer Landwirt kaufte einen jungen Ochsen zu 282 RM., fütterte ihn ein ganzes Jahr, um ihn dann für 281 RM. zu verkaufen. Das sind Ergebnisse, die zu einem vollkommenen Zusammenbruch unserer gesamten deutschen Landwirtschaft führen müssen, wenn nicht bald eine grundlegende Änderung in unseren Gesamtverhältnissen eintritt.

*** Der deutsche Tafelapfel. Der deutsche Tafelapfel ist dem amerikanischen an Güte weit überlegen. Das auffallende Rot der oft künstlich gewaschenen Schale der in Deutschland beliebten Auslandsorten vereinigt sich selten mit innerer Güte. Ihr Vorzug ist lediglich ihre Festigkeit, ihre zähe Schale und ihre Saftarmut, die verhindert, daß der amerikanische Apfel beim Transport faule Stellen bekommt. Sicherlich werden die in Deutschland zur Gewinnung marktgängiger Massenware eingeleiteten Maßnahmen vom deutschen Obstbau sich von Jahr zu Jahr mehr auswirken. Der Feinschmecker greift schon jetzt nach dem deutschen zarten, aber äußerst aromatischen schmackhaften Apfel.

*** Welche Manuskripte gehen als Drucksache? Der Reichspostminister schreibt dem „Zeitungsvorlag“: „Für die Entscheidung der Frage, ob ein Schriftstück als Drucksache im Sinne der Postordnung anzusehen ist oder nicht, ist nicht dessen Inhalt, sondern die Art der Herstellung des Schriftstücks maßgebend. Mit Schreibmaschine hergestellte Schriftstücke einschließlich durch Durchschläge gelten sowohl im innerdeutschen als auch im gesamten zwischenstaatlichen Verkehr nicht als Drucksache. Ein auf solche Weise oder handschriftlich hergestelltes Zeitungsmaterial kann deshalb nicht zur Drucksachengebühr befördert werden; es unterliegt vielmehr, sofern keine besonderen Mitteilungen beigefügt sind, den Bestimmungen und Gebühren für Geschäftspapiere (Gebühr: bis 250 Gramm 15 Pfennig). Wenn derartige Manuskripte als Drucksachen nicht beantragt worden sein sollten, so sind die Sendungen bei der Prüfung nicht erfasst worden. Als Drucksache kann ein Manuskript nur versandt werden, wenn es durch Buchdruck, Umbruch oder ein ähnliches Ver- vielfältigungsverfahren hergestellt ist.“

erkenntnis und entsprechende Bezahlung zuzubilligen: so darf auch der Bürgermeisterrat nicht immer wieder erbarmungslos bedrängt und bedrückt werden, gleichviel, ob von oben oder von unten; im Gegenteil: der Staat müßte sich endlich einmal anerkennend und schätzend vor die gefährdeten Exponenten öffentlicher Tätigkeit stellen, schon um die unbedingte Erhaltung seiner selbst willen.

Wetterausichten für Mittwoch: Bei südwestlichen Winden unbeständiges Wetter auch mit Niederschlägen wahrscheinlich.

**** Schamader.** Ein aus westlicher Richtung kommender Freiballon landete Sonntag nachmittag 3 Uhr in einer etwa ein Meter hohen Fichtentulur am Grobel unweit des Flugplatzes Schamader. Der Ballon trug die Bezeichnung Bochum II und wurde in Leinwand an die Vereinigten Stahlwerke Bochum verladen. Die Besatzung bestand aus drei Herren und einer Dame.

Erndtebrück:

Motorradunfall. Der Aufbauschüler Erich Wolf von hier kam am Sonntag nachmittag bei der Frauenschule in Birkelbach mit einem Motorrad zu Fall und zog sich erhebliche Verletzungen an der linken Kopfseite, im Gesicht und an den Händen zu; er hat erst im Laufe des gestrigen Tages das Bewusstsein wieder erlangt.

**** Birkelbach.** Auf dem hiesigen Sportplatz zog sich am Sonntag der Fußballspieler Fritz Lange eine erhebliche Fußverletzung zu. Auf ärztliche Veranlassung wurde er dem Krankenhaus in Verleburg zugeführt.

**** Verleburg.** Besitzwechsel. Das im Besitze der Kreispartei Verleburg befindliche Gehmann'sche Anwesen „Westfälischer Hof“ ist durch Kauf an Herrn Glaskamp-Effen zum Preise von 35 000 RM. übergegangen. Herr Gl. wird den Betrieb in aller Kürze übernehmen. (Kreisbl.)

Lernen • Sport • Sport.

Fußball.

Tabelle der 1. Bezirksklasse, Gruppe Bahn

Verein	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
F. B. Wollau	8	7	1	—	27:12	15:1
Sp. B. Wehlar	8	4	4	—	25:18	12:4
Sp. B. Bottenhorn	8	5	1	2	33:20	11:5
Sp. Bg 1900 Wiefen	8	4	2	2	20:14	10:6
Sp. B. Frohnhausen	7	4	1	2	14:17	9:5
Sp. C. Wehlar-Niedergirmes	8	3	—	5	12:18	6:10
F. B. Breidenbach	8	1	3	4	16:18	5:11
B. f. B. Wiefen	9	2	1	6	15:38	5:13
Sp. Bg. Dillenburg	8	2	—	6	18:17	4:12
F. B. Wiefenbach	8	1	1	6	11:19	3:13

Aus Nah und Fern.

Herborn. Schwere Ausschreitungen der Kommunisten. In der Nacht zum Montag verübten jugendliche Mitglieder der KPD. schwere Ausschreitungen. Nach reichlichem Alkoholgenuß durchzog ein größerer Trupp junger Leute lärmend die Straßen der Stadt. Als aus einem Hause Ruhe geboten wurde, setzte ein Steinhaufen gegen dieses Haus ein. Zahlreiche Fenster Scheiben wurden zertrümmert und Drohungen ausgesprochen. Dann zog die Gesellschaft auf den Marktplatz vor das Rathaus und versuchte das Rathaus aufzubrechen. Als dies nicht gelang, wurden zwei große Erkerfenster eines dem Rathaus gegenüberliegenden Kaufhauses zertrümmert. Ob auch Plünderungen der Schaufensterauslagen vorgenommen sind, steht noch nicht fest. Die Polizei war alsbald zur Stelle und verhaftete fünf der Haupttäter.

— Siegen. Der Siegerländer Schiedspruch abgelehnt. Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Mitten hat den gefällten Schiedspruch, der einen Lohnabbau von 5 1/2 Prozent bestimmt, mit der Begründung, daß die vorgesehenen Lohnermäßigungen nach Ansicht der Arbeitgeber nicht die erwartete und von ihnen als notwendig begründete Ermäßigung der Selbstkosten gewährleisten, abgelehnt.

— Siegen. Familiendrama. Sonntagabend wurden der Kellner Wagner und seine Ehefrau in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet aufgefunden. Die Frau war bereits tot, während der Mann bewusstlos war. Der Mann wurde sofort nach der Klinik gebracht. Die beiden schulpflichtigen Kinder des Ehepaares waren zu Verwandten geschickt worden. Der Grund zu der Tat der Eheleute ist anscheinend in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

— Frankfurt a. M. Ehrung einer kinderreichen Mutter. Der preussische Wohlfahrtsminister hat der Frau Anna Maria Giehl in Braunheim „in ehrfurchtsvoller Anerkennung ihrer mütterlichen Tugenden“ die Ehrenurkunde für kinderreiche Mütter verliehen. Die Giehl ist Mutter von 12 lebendigen Kindern im Alter von 18 Monaten bis zu 18 Jahren. Außer der Urkunde erhielt Frau Giehl eine Erziehungsbeihilfe im Betrage von 200 Mark. Die Mutter steht im 41. Lebensjahr, ebenso wie ihr Mann, der aus dem Westertal stammt. Ernährer der zahlreichen Familie ist — das Wohlfahrtsamt, da der Vater schon lange Zeit erwerbslos ist.

Sechs Verletzte bei einem Kraftradzusammenstoß. Zwei Krafträder, von denen das eine mit einem Ehepaar und dessen siebenjährige Tochter, das andere mit zwei Herren und einer Dame besetzt war, stießen in Essen an einer Straßenkreuzung mit voller Wucht zusammen. Das Ehepaar und die Dame erlitten schwere Schädelverletzungen, auch die beiden Herren und das Kind wurden so verletzt, daß ihre Einlieferung ins Krankenhaus notwendig war.

Schweres Einsturzungslied. Ein schweres Einsturzungslied hat sich in Mainleus (Oberfranken) zugetragen. Ein im Bau befindlicher Schuppen der Kulmbacher Spinnerei, Zweigbetrieb Mainleus, wurde durch einen starken Sturm erheblich beschädigt, wobei das Dach zum Einsturz gebracht wurde. Unter den Trümmern wurden drei Zimmerarbeiten begraben. Der Zimmerarbeiter Reinhold Friedmann aus Buchau wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen, die beiden anderen Arbeiter wurden erheblich verletzt.

15 Nähnadeln im Körper. Die 31jährige Landwirtschöchter Rosa Geiß von Hollfeld (Franken) verspürte schon seit längerer Zeit ein fortgesetztes Stechen im linken Unterschenkel sowie im Oberarm. Sie mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und ist nun schon seit 13 Wochen im Krankenhaus Hollfeld untergebracht. Zum nicht geringen Erstaunen der Patientin entfernte der Arzt auf operativem Wege eine Nadel aus dem Unterschenkel. Das Stechen ließ bei der Patientin aber nicht nach. Bis zum heutigen Tage wurden nicht weniger als 15 Nähnadeln aus dem Körper der Patientin entfernt, acht aus dem Oberschenkel und sieben aus dem Oberarm. Fräulein Geiß kann keine Angaben machen, wie die Nadeln in ihren Körper gekommen sein können. Die Nadeln waren zum Teil verrostet.

Amtsunterschlagung. Das Schöffengericht in Memmingen verurteilte den Justizsekretär Richter von Buchloe, jetzt in Illertissen, wegen Amtsunterschlagung zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus. Der Angeklagte hatte Gebühren für Zahlungsbefehle entgegengenommen und sie für sich verbraucht. Die Zahlungsbefehle fertigte er nicht aus.

Eisenbahnanschlag. Wie die Reichsbahndirektion München mitteilt, wurden in der Nacht im Bahnhof Bad Reichenhaller Kirchberg in verbrochener Absicht Schottersteine und zwei Rundhölzer von etwa ein Meter Länge und 20 Zentimeter Durchmesser in eine Weiche des Hauptgleises eingelegt. Der Personenzug Berchtesgaden-Bad Reichenhaller, der die Weiche zuerst befuhr, erlitt keinen Schaden, sondern konnte die Fahrt ohne Anhalten fortsetzen. Die Reichsbahndirektion hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

Ein Graphologe verhaftet. Im Anschluß an den Eisenbahnanschlag von Bad Reichenhaller hat sich ein Streit zwischen zwei Budapester Graphologen entwickelt, die in bezug auf den am Tatort vorgefundenen Zettel verschiedener Ansicht waren. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der von dem einen Graphologen verdächtige Leinwand ungeschuldig ist. Daraufhin wurde von Leinwand's Vater, der in Alt-Ofen einen Expeditionsbetrieb hat, eine Schadenersatzklage eingereicht, die er damit begründet, daß er durch die grundlose Verfolgung seines Sohnes sowohl materielle wie moralische Einbußen erlitten habe. Es seien ihm viele Briefe zugegangen mit der Drohung, daß man ihn samt seiner Familie ausrotten werde; sein Geschäft sei ins Stoden geraten, die Heiratsfähigkeit seiner Tochter verringert, seine Frau infolge der Aufregungen schwer erkrankt.

Neun Jahre ungeschuldig im Zuchthaus. Aus Oslo wird gemeldet. Im Jahre 1922 wurden in einem Osloer Auto der Chauffeur und ein junges Mädchen ermordet aufgefunden. Der Verdacht konzentrierte sich auf einen 20jährigen Mann namens Tollosen, der dann auch, obwohl er jede Schuld leugnete, und ein ausgezeichnetes Signalement des Mörders gab, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Tollosen hat immer wieder, nach dem wirklichen Täter zu forschen. Endlich gab man seinen Bitten nach und es gelang, einen Latenprediger Gren, auf den das Signalement genau paßte, zu verhaften. Auf dem Transport konnte Gren jedoch entkommen und ist bisher noch nicht wieder ergriffen worden.

Jindische Königsfamilie ertrunken. Wie aus Bombay gemeldet wird, ist ein Flußboot des Königs von Laos, auf dem sich Mitglieder der königlichen Familie befanden, auf dem Mekong gegen ein Riff gestoßen und gesunken. Elf Mitglieder der königlichen Familie und 24 Eingeborene seien ertrunken.

Schwerer Verkehrsunfall. Eine Straßenbahn stieß in Monza (Oberitalien) mit einem Lastautomobil zusammen, auf dem sich 30 Rekruten befanden. Von den Soldaten, die sich auf dem Wege nach Mailand befanden, wurden vier schwer und 21 leichter verletzt.

In einem Rutter nach Amerika. In Cherbourg ist ein Dreitonnen-Rutter aus Bremen eingetroffen, gesteuert von Kapitän Giesemann und einem ihm befreundeten Studenten. Die deutschen Seefahrer sind unterwegs nach Amerika. Als nächsten Hafen werden sie Vigo anlaufen.

Sechs Schwestern heiraten gemeinsam! In der Nähe von Paris hat sich in dieser Woche der beinahe unvorstellbare Fall ereignet, daß sechs Schwestern an einem Tage heirateten und kirchlich getraut wurden. Die sechs Schwestern, die alle im Alter zwischen 17 und 26 Jahren stehen, sind die Töchter eines französischen Eisenbahnbeamten. Der Vater hatte seinerzeit den Wunsch geäußert die ganze Heiratsreihe seiner Töchter mit einem Male ausführen zu wollen. Während die beiden ältesten Mädchen schon ein paar Jahre verlobt waren und immer noch auf die jüngste Schwester warten mußten, ist die Siebzehnjährige erst drei Monate verlobt und kennt ihren Zukünftigen ein gutes halbes Jahr. Die kirchliche Trauung erregte großes Aufsehen und fand unter Anwesenheit einer großen Zahl von Angehörigen und Schauspielern statt. Der sechsfache Brautvater hatte bei der Hochzeit nicht mehr und nicht weniger als 118 geladene Gäste zu bewirten!

Militarisierung der polnischen Eisenbahn bei Kriegsgefahr.

Der Heeresauschuß des polnischen Sejm hat einen Gesetzesentwurf beraten, wonach die Eisenbahn während einer Mobilisierung oder bei jeder anderen dem Staat drohenden Gefahr militarisieren werden könne. Der nationaldemokratische Redner wandte sich gegen dieses Gesetz, weil hierdurch dem Ministerrat nach eigenem Gutdünken die Möglichkeit gegeben werde, die Militarisierung der Eisenbahnen durchzuführen. Das Gesetz wurde dann im Ausschuß mit den Stimmen des Regierungsblocks angenommen.

420 Mohammedaner in Kasmir gefangen.

420 Mohammedaner drangen in das Gebiet des indischen Staates Kasmir ein, um, wie ihr Führer erklärte, eine größere Berücksichtigung der Interessen der Mohammedaner zu erwirken. Sie wurden sämtlich gefangen genommen. Ein Untersuchungsausschuß, der die Interessen der mohammedanischen und der nicht mohammedanischen Gemeinschaften prüfen soll, ist gegenwärtig in der Bildung.

Ein altes Ehepaar aus Geiz verhungert. Ein 64jähriges Ehepaar ist in Toulouse (Frankreich) aus Geiz verhungert. Die betagten Eheleute wohnten bereits seit Jahren in einer kümmerlichen Dachwohnung im Zentrum der Stadt. Es war kein Geheimnis, daß der Mann vollständig unter der Hörigkeit seiner Frau stand, deren Geiz so weit ging, tagelang keinen Pfennig Geld für die notwendigen Lebensmittel auszugeben. Bereits Mitte Oktober hatte der Hausbesitzer das Ehepaar, bis zum Skelett abgemagert, im Zimmer aufgefunden und versucht, die Frau von ihrem krankhaften Geiz abzubringen. Als er wieder die Wohnung betrat, fand er die Greisin bereits tot im Bett auf, während der Mann an ihrer Seite nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß beide der Unterernährung zum Opfer gefallen waren. Im Schrank fand man dagegen ein Sparbüchlein, das über einen Betrag von etwa 20 000 Franken lautete.

Mißglückter Überfall auf einen Postzug. In der Nähe von Tschangtichun haben chinesische Soldaten versucht einen Postzug aufzuhalten, um ihn zu berauben. Als die japanische Wache Feuer gab, zogen sich die Chinesen zurück. Acht Chinesen und drei Japaner wurden getötet.

Faltbootsegler will Amerika erreichen und landet in Afrika. In der Nähe der Küste von Gambia ist ein Faltboot gelandet. Ein ausgefandenes Polizeiboot stellte fest, daß es sich um einen Deutschen namens Fritz Engeler handelte, der von Hamburg aus mit einem Dampfer nach Düsselhofen gefahren war und von dort aus mit seinem Faltboot Amerika erreichen wollte. Er wurde bei einem Sturm abgetrieben und gelangte so nach Nordafrika. Fritz Engeler hat Gambia bereits wieder verlassen; er will Amerika unter allen Umständen erreichen.

Buntes Allerlei.

***** Deutsche und ausländische Teppiche.** Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist es heute in Deutschland außerordentlich schwierig, einen einigermaßen wertvollen deutschen Teppich abzuleihen, während gleichzeitig vielfach gänzlich minderwertige, sogenannte „orientalische“ Teppiche außerordentlich hohe Preise erzielen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der „orientalische“ Teppich seit der Kriegszeit und Nachkriegszeit stark im Werte nachgelassen hat, während die deutsche Teppichindustrie in der Lage ist, hochwertige Fabrikate anzubieten. Deutsche Teppiche gehen dann auch in alle Welt — nicht zum wenigsten nach dem Orient, wo sie dann die bekannte Verwandlung in „echte Orient-Teppiche“ durchmachen; ein Vorgang, dem sich gerade auf dem Gebiete der Textil-Industrie zahlreiche andere Beispiele zur Seite stellen.

***** Der Bauer ist kein Spielzeug.** In einer Ansprache an eine Männerversammlung in Holzhausen am 25. Oktober hat sich Kardinal Dr. Faulhaber-München ein besonderes Verdienst erworben durch seine scharfe Ablehnung der überhandnehmenden, leichtfertigen Verunglimpfung des bayerischen Bauern in angeblichen „Volksstücken“ und Schauspielen von Dichtern, die ihre „Echtheit“ und „Bodenständigkeit“ durch füllhoristische Uebertreibungen Rohheiten bekunden wollen. Kardinal Faulhaber führte aus: In den Theaterstücken der Stadt, auch in den Volksstücken des Rundfunks, darf der Bauer nicht mehr als Spottfigur der Dummheit und Unbeholfenheit, der Verschämtheit und Abergläubigkeit erscheinen. Wir wollen helfen in der Winternot der Städte, wir wollen aber auch auftreten und verlangen, daß diese Zerrbilder des bayerischen Bauern und seines angestammten Wesens von den Bühnen verschwinden.

— Die Pferde im Weltkrieg. Von den 1 236 000 Pferden, die im deutschen Heere Dienst taten, gingen nicht weniger als 77 Prozent zugrunde. 400 000 Pferde wurden durch Geschosse getötet oder so schwer verwundet, daß man sie töten mußte. Nicht weniger als 558 000 gingen infolge der Ueberanstrengungen zugrunde, die man ihnen zumutete. Der französische Pferde- und Maultierverlust betrug 1 140 000 Stück, davon allerdings sehr viele durch Krankheiten. Die Engländer verloren 325 700 Pferde.



Vom heut'gen Zeitvertreib ein Wort:
Film, Rundfunk, Fliegerei und Sport,
Theater, Reisen, Spielen, Wetten
und immer **SALEM** Zigaretten !!

SALEM Zigaretten sind Qualitätsmarken in der ganzen Welt.

Treviranus dementiert.

Angeblliche Aeußerungen über die Reparationsfrage.

Essen, 3. November.

Anlässlich einer Sitzung der Volkskonservativen Vereinigung, in der Reichsverkehrsminister Treviranus über die Siebelung sprach, berührte der Redner auch die Reparationszahlungen und den Ablauf des Stillhalteabkommens.

Hierbei erklärte er, daß man in einem Bericht über eine Sitzung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin vor etwa 14 Tagen ihm die Aeußerung in den Mund gelegt habe, Deutschland könne die Reparationszahlungen wieder aufnehmen, aber nur in einer Höhe bis zu einer Milliarde Mark. Der Minister stellte fest, daß er damals mißverstanden worden sei. Er habe gesagt, daß Deutschland seine privaten Schulden, vor allem die kurzfristigen, einmal zurückzahlen müßte. Es müsse ein diesbezüglicher Plan vorgelegt werden. Bei der jetzigen Lage Deutschlands könne aber unmöglich über eine Zahlung von einer Milliarde pro Jahr zur Tilgung der privaten Schulden hinausgegangen werden.

Schiedspruch für die Gemeindearbeiter.

Gemäßigung der Löhne um 4,5 Prozent. — Kein Ausfall mehr für Kurzarbeit.

Berlin, 3. November.

In dem Lohnstreit der Gemeindearbeiter wurde von der Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt, nach dem sämtliche am 31. Oktober 1931 abgelaufene Tarifverträge mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt werden, daß sich die Löhne entsprechend den Vorschriften der Notverordnungen vom 5. Juni und 6. Oktober 1931 um 4,5 Prozent ermäßigen. Soweit in den abgelaufenen Tarifverträgen ein Ausgleich für Kurzarbeit bestand, hat die Schlichterkammer den künftigen Fortfall dieser Bestimmung grundsätzlich für angebracht gehalten.

Der Schiedspruch steht daher mit Wirkung vom 1. November d. J. ab vor, daß die Lohnschußklauseln nur noch bei Arbeitern, die 46 Stunden und weniger arbeiten, und ab 1. Januar 1932 nur noch bei solchen, die 44 Stunden und weniger arbeiten, Anwendung finden sollen. Auf neu eingestellte Arbeiter sollen die Lohnschußklauseln überhaupt keine Anwendung finden.

Berlin zahlt verspätet.

Infolge der verschlechterten Kassenlage.

Berlin, 3. November.

Mit Rücksicht auf die Kassenlage der Stadt Berlin kann die Zahlung des Restes der Novemberbezüge für Beamte, Festangestellte und sämtliche Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Festangestellte und Arbeiter sowie deren Hinterbliebenen) erst am 17. November 1931 erfolgen. Aus dem gleichen Grunde müßte die Teilbezüge der Angestellten nicht am 15., sondern am 17. November gezahlt werden.

Blutige Zusammenstöße. — Drei Tote.

Bei den Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin kam es zu schweren Zusammenstößen. Ein Nationalsozialist wurde von zwei Kommunisten niedergeschlagen. Es gelang ihm, seinen Revolver zu ziehen, doch schoß er sich dabei zunächst selbst ins Bein. Die beiden anderen Schüsse, die er abgab, trafen die beiden Kommunisten. Der eine war sofort tot, der andere starb später.

In Riebnitz wurde ein Nationalsozialist von einem politischen Gegner niedergestochen. In Bad Sülze wurde der dortige Kommunistenführer Willi Braun erschlagen aufgefunden. Der Schädel war zertrümmert. Bei Durchsuchung der Kleidung des Toten stellte man fest, daß dieser außer einem Revolver mit Munition ein Dolchmesser und ein Beil bei sich trug.

Ein Kindesmörder zum Tode verurteilt.

Weimar, 3. November.

Unter ungewöhnlich starker Anteilnahme der Öffentlichkeit fand am Montag vor dem Weimarer Schwurgericht ein Prozeß gegen den Landarbeiter Paul Dahler aus Schöngleina statt, der am 30. August, an seinem Geburtstag, die achtjährige Schülerin Hilde Dübrowenta, die Tochter eines auf dem Rittergute Pöben bei Jena beschäftigten polnischen Arbeiters im Walde vergewaltigt, beraubt und ermordet hat. Das Gutachten eines medizinischen Sachverständigen erbrachte den Beweis, daß Dahler das Kind in roher Weise umgebracht hat. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode.



Eine achtköpfige Familie als Musikkapelle.

In San Francisco lebt eine Familie, deren sämtliche acht Mitglieder musikalisch so begabt sind, daß sie gemeinsam erfolgreiche Konzerte geben können. Die sechs Kinder des Mr. W. Ring Driggs und seiner Frau haben das musikalische Talent ihrer Eltern geerbt.

Dämon Künstler

Roman von Magda Trott.

9

Nachdruck verboten.

„Nimm mir meine letzte Freude nicht, Mama, es ist für mich Bedürfnis, in jenes Haus zu gehen, in dem so viel Trauer herrscht. Auch hast du selbst einmal ganz anders gesprochen.“

„Man hat Silling verurteilt. Ich bin jetzt überzeugt, daß er der Täter ist.“

„Eben darum, Mama. Bedenke doch, wie furchtbar es für die Familie ist, wenn es heißt, Mann und Vater ist im Zuchthaus. Sillings bemühen sich redlich, das tägliche Brot zu beschaffen. — Ich muß helfen, ich will es aber nicht durch taktlose Geldspenden. Die Leute nehmen nichts geschenkt, sie wollen arbeiten und ich bin überzeugt, sie würden auch die Arbeit von mir zurückweisen, wenn sie nicht empfänden, daß mich nicht Mitleid, sondern innigste Anteilnahme an diesem tragischen Schicksal zu ihnen treibt.“

„Ich sehe, liebe Sigunde, ich kann dich nicht überzeugen. Auf die Dauer wird es aber unmöglich sein, die Familie zu unterstützen.“

„Dann werdet ihr einspringen. Ihr könntet hier ein gutes Werk tun. Die Kinder des Verurteilten sind talentvolle Wesen, es ist jammervoll, daß Alene Sillings tagaus, tagein vor der Nähmaschine sitzen muß, um für Geschäfte Plusen und Rösche zu arbeiten.“

„Ich erkenne dich gar nicht wieder, Sigunde. Du warst früher völlig anders.“

„Früher“, wiederholte sie gequält, „vor wenigen Wochen lebte auch ich in goldenem Sonnenschein. Seitdem es Nacht um mich geworden ist, hat sich mein Bild gewandelt. Hindere mich nicht an den Besuchen bei Sillings, Mama, ich würde hier gegen dein Verbot handeln. Ich bin es also schuldig. Am offenen Grabe habe ich mir den Schwur gegeben, daß ich seinen letzten Wunsch bis an mein Lebensende erfüllen werde.“

Seufzend wandte sich Frau Lambert ab. Die Unterredungen mit der Tochter verliefen stets ergebnislos. Sie begriff ihren einstigen Schwiegersohn nicht. Er war mit flammenden Worten für die Verurteilung Sillings eingetreten und hatte in derselben Stunde die Bitte ausgesprochen, für seine Familie zu sorgen. Das war sonst nicht seine Art! Er hatte in vielen Fällen die Ansicht vertreten, daß die Schuld der Eltern auch von den Kindern zu tragen sei und daß ein Mitgefühl in solchen Fällen nicht am Plage wäre. Und nun, mit einem Male Gesinnungsänderung, und zwar in seiner Sterbestunde. Lag hier das Mitleid, das er mit ins Grab genommen hatte?

Der Professor und seine Gattin hatten sich wenige Tage nach der Beerdigung Udos zu Frau Silling begeben, um den letzten Wunsch des Verstorbenen zu erfüllen. Die etwa vierzigjährige Frau war durch den Kummer und das Leid beinahe zur Greisin geworden. Sie schien von schwächlicher Konstitution zu sein, auch seelisch nicht widerstandsfähig genug, um den Schlag zu überwinden. Der Gedanke, daß ihr Mann schuldlos im Kerker schmachtete, drückte sie mit eherner Last zu Boden. Die siebzehnjährige Alene war mutiger. Sie hatte schon seit wenigen Jahren durch Heimarbeit verlohnt, den Eltern zu helfen. Seit der Vater, der bei Bergmann jahrelang als Buchhalter angestellt gewesen war, seinen Posten verloren hatte, war sie eigentlich die Ernährerin der Familie. Es war Silling trotz größter Anstrengungen nicht gelungen, eine andere Stelle zu bekommen. Man munkelte, daß Bergmann seinen einstigen Angestellten, mit dem er einige persönliche Differenzen gehabt hatte, stets in der unschönsten Weise verleumdete.

Später war dann noch die Sorge um Haus und Hof dazugekommen, denn das Landhäuschen, das sich Silling gebaut hatte, stand auf Bergmannschem Grund und Boden, und jener setzte alle Hebel in Bewegung, um Silling aus seinem eigenen Heim zu vertreiben.

So war in Silling grenzenloser Haß gegen seinen einstigen Brotherrn entflammt, ein Haß, der ihn schließlich dazu trieb, die Waffe zur Hand zu nehmen, um, wie er selbst zugab, seinen Feind niederzuschießen. Man hatte Berthold Bergmann wenige Tage später erschossen aufgefunden, und obwohl Silling immer wieder seine Unschuld beteuerte, war er zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Sigunde Lambert hatte sich durch ihre häufigen Besuche im Sillingschen Hause genau über die Verhältnisse der Familie orientiert. Sie hatte an der stillen Alene Gefallen gefunden und wunderte sich immer wieder, welchen klaren Blick das junge Mädchen hatte. Mit leidenschaftlicher Liebe hing Alene an dem ein Jahr jüngeren Bruder Rolf, einem begabten jungen Menschen, der damals kurz entschlossen die Schule verlassen hatte, als er sah, daß der Vater das Brot für die Familie nicht mehr schaffen konnte. Der fünfzehnjährige Knabe hatte seine geheimsten Wünsche hintenangestellt und war aufs eifrigste bestrebt, eine Stellung zu finden, die Geld einbrachte, hatte auch den Posten eines Laufjungen angenommen. Aber da hatte sich die ältere Schwester energisch eingesetzt. Wenn es schon unmöglich war, daß Rolf seinen Lieblingswunsch, eine Musikhochschule zu besuchen, durchführte, sollte er wenigstens ein Handwerk lernen, das ihm später die Möglichkeit gab, selbständig zu sein.

So lernte Rolf Silling jetzt schon achtzehn Monate in einer Kunstschlerei und fühlte sich, wie er immer dabei versicherte, zufrieden.

Welch große Begabung in dem Jüngling steckte, das hatte Sigunde Lambert bei ihrem letzten Besuche erfahren. Da hatte Rolf auf einer sehr minderwertigen Geige einige Stücke vorgespielt, mit so viel Innigkeit, mit so großem Verständnis, daß es Sigunde wunderbar ums Herz geworden und der Gedanke in ihr erwacht war, hier zu helfen. Dann hatte Alene gespielt. Staunend hatte Sigunde gelauscht, denn auch durch dieses Spiel hatte sich eine bedeutende Künstlerkraft offenbart. Aber Alene hatte es lächelnd zurückgewiesen, als Sigunde davon gesprochen, daß sie sich zur Virtuostin ausbilden lassen sollte.

Sie hatte absichtlich einen Sonntag für ihren Besuch bei Sillings gewählt, da an diesem Tage auch Rolf im Elternhaus weilte. Sie hatte das Bedürfnis, ein wenig Musik zu hören und sich daran zu erfreuen.

Obwohl sie erst am späten Nachmittag in dem Vorort eintraf, obwohl überall feierliche sonntägliche Stille herrschte, raffelte im Sillingschen Hause noch immer die Nähmaschine.

(Fortsetzung folgt.)

Konsumverein für Erndtebrück und Umgegend, e. G. m. b. H. Erndtebrück.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu einer am Sonntag den 15. November, nachmittags 5 Uhr im Lokale der Bahnhofswirtschaft R 1 5 d n e r stattfindenden außerordentlichen

General-Versammlung

ein.

Tagesordnung:

Erfahrung zum Vorstand.

Der Aufsichtsrat

J. A.: Schwarzpaul, Vorsitzender.

Beschluß.

Auf Grund des § 3 Kap. IX Teil 2 der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 — R. G. Bl. I S. 279 — wird bestimmt, daß für den Bezirk der Stadtgemeinde Laasphe vom 1. 4. 1931 ab die Bürgersteuer nach Maßgabe der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930 — R. G. Bl. I S. 518 — und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 1. 10. 1931 — R. G. Bl. I S. 525 — mit dem Landessteuern und einem Zuschlag von 200 % zu diesen erhoben wird.

Arnberg, den 24. Oktober 1931.

L. S.

Der Regierungspräsident:

I. K. I. 2438.

In Vertretung: gez. Dr. K. d.

Genehmigt:

Arnberg, den 24. Oktober 1931.

Namens des Bezirksausschusses Abtlg. I:

L. S.

Der Vorsitzende:

J. B.: gez. Dr. Walter.

B. A. I. C. III. 228/31 — I

Die Erhebung der Bürgersteuer in dem Bezirk der Stadtgemeinde Laasphe für das Rechnungsjahr 1931 mit den Landessteuern und einem Zuschlag von 200 v. H. wird hiermit zugelassen.

Münster i. W., den 26. Oktober 1931.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen:

J. B.: gez. Unterschrift.

L. S. — Nr. 166—23.

Veröffentlicht:

Laasphe, den 2. November 1931.

Der Magistrat:

Pränger, Bürgermeister.

Fischereiverpachtung.

Die Fischerei in der Ilse, der Lahn von der Brücke in Feudingen abwärts bis an die Gemarkungsgrenze Bernershausen, der Drehbach innerhalb der Gemarkung Feudingen, der Steinbach und der Holzhausen innerhalb der Gemarkung Saßmannshausen, soll am Donnerstag den 5. November, nachm. 3 1/2 Uhr in der Gastwirtschaft Dörr in Feudingen auf 6 Jahre öffentlich meistbietend einzeln verpachtet werden.

Wittgenstein, den 26. Oktober 1931.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag den 5. Novbr. 1931, vorm. 9 Uhr werde ich im Versteigerungslotale Schäfer (Wohnhofshotel) in Laasphe

1 Pferd (Wollach) etwa 7 Jahre alt öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Laasphe, den 3. November 1931.

Westerholz, Obergerichtsvollzieher.

Autofahrten

Fernruf 100



Bruderschaft Laasphe.

Donnerstag 8.30 Pflichtabend im Westf. Hof.

Eine Wohnung

(2 Zimm. u. Küche) f. sof. zu vermieten. Aust. ert. die Geschäftsf. d. B. 3.

Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 2. November: Auftrieb: 1691 Rinder, davon 367 Ochsen, 220 Bullen, 530 Kühe, 513 Färsen, ferner 521 Kälber, 139 Schafe, 5428 Schweine. Preis pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 34 bis 37, 30 bis 32, 25 bis 29; Bullen 26 bis 30, 22 bis 25; Kühe 26 bis 28, 22 bis 25, 17 bis 21; Färsen 34 bis 36, 30 bis 33, 25 bis 29; Kälber — 40 bis 43, 35 bis 39, 30 bis 34; Schafe 29 bis 32, — 24 bis 28; Schweine — 44 bis 48, 44 bis 47, 42 bis 46, 38 bis 44, 35 bis 40. — Marktverkauf: Rinder sehr schlecht, Ueberstand, Kälber und Schafe ruhig, geräumt; Schweine schleppend, ausverkauft.

Frankfurter Produktenbörse vom 2. November: An der heutigen Produktenbörse notierten bei fester Tendenz: Weizen, incl. 23,35 bis 23,50; Roggen, incl. 22 bis 22,15; Sommergerste 18,25 bis 18,75; Hafer, incl. 16 bis 17; Weizenmehl, südd., neue Mählung 36,50 bis 37,25; Sondermählung 34,50 bis 35,25; niedergerh. Mehl 36,50 bis 37, bezw. 34,50 bis 35; Roggenmehl 31 bis 32,25; Weizenkleie, fern 9 bis 9,25; Roggenkleie 9,50; alles in Reichsmark pro 100 Kilogramm.